Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus

Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege

Band: 44 (1950)

Heft: 3

Artikel: Weltrundschau : Krise in England ; Im alten Gleis weiter? ; Die "freie Wirtschaft" ; Die "freien Nationen" ; Rotes Asien! ; Die neue Wirklichkeit

Autor: Kramer, Hugo

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-139366

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 13.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

zu denen Samuel Dieterle mit einem Karl von Greyerz, einem Hans Bader und Emanuel Tischhauser zu rechnen ist. Sie haben uns auf alle Fälle mit ihrem ganzen, mannhaften Ergreifen der Botschaft vom Reiche Gottes Wesentliches gegeben. Und es wäre der nun nachrückenden Generation von Pfarrern und Gemeindegliedern wohl zu wünschen, daß ihr etwas von dem lebendigen und brennenden Eifer um das Reich erhalten bliebe, wie er in diesen Männern lebte. Der religiöse Sozialismus, der für sie der Ausdruck ihres Wollens war, sollte nicht totgesagt werden, wenn es auch wahr sein wird, daß wir heute das gleiche, was jene gesehen und gewollt haben, ein wenig anders sehen, sagen und wollen müssen. Die Zeit steht nicht still, aber der Herr ist derselbe, der gestern wie heute und in alle kommenden Jahre hinein in der Zeit wirkt und herrscht, weil er der Herr aller Zeit ist. *Eduard Thurneysen.*

WELTRUNDSCHAU

Krise in England Es scheint gegeben, daß wir unsere Wanderung durch das Dickicht der Weltpolitik diesmal in *England* beginnen. Dies nicht allein, weil wir immer noch unter dem frischen Eindruck der *Unterhauswahlen* vom 23. Februar stehen, die für die weitere Entwicklung in Großbritannien selbst von großer Bedeutung sein können, sondern auch wegen der Auswirkung dieses Volksentscheides auf die ganze internationale Lage. Aber kann man denn überhaupt von einem Volksentscheid reden? Ist das hervorstechende Kennzeichen der englischen Parlamentswahlen nicht gerade ihr *unentschiedener* Ausgang? Ja und nein. Die Labourpartei hat zunächst ohne Zweifel einen ausgesprochenen *Abwehrsieg* errungen. Die Konservativen haben das Ziel nicht erreicht, das sie sich gesteckt hatten: das Labourregime, dieses letzte Überbleibsel der großen Linksbewegung, die bei Kriegsende auch Westeuropa erfaßt hatte, zu stürzen und Großbritannien im Sinne des amerikanischen «way of life», der amerikanischen Lebensauffassung und Weltpolitik, mit den inzwischen mehr und mehr wieder der kapitalistischen Reaktion verfallenen Ländern des übrigen Westeuropas gleichzuschalten. Das ist ein bedeutungsvoller, durch die positiven Leistungen der Labourregierung durchaus verdienter Erfolg.

Aber das Ausmaß dieses Erfolges genügte dennoch nicht, um der Labourpartei eine weitere Periode ungestörten, weitausschauenden Regierens zu sichern. Sie hat nicht mehr die Kraft, eine neue sozialistische Offensive in das seinem Wirtschafts- und Gesellschaftsaufbau nach eben immer noch ganz überwiegend bürgerlich-kapitalistische Großbritannien hinein vorzutragen. Ihre Parlamentsmehrheit ist gegenüber 1945 von 141 auf ganze sechs Sitze zusammengeschrumpft, ihr Anteil an der

Gesamtstimmenzahl von 48 auf 46,5 Prozent zurückgegangen. Die Verschiebung im Stimmengewicht scheint zwar wirklich nur ganz unwesentlich zu sein, zumal die Labourpartei ihre Wählerzahl um über eine Million zu steigern vermochte. Sie reichte aber bei den zugespitzten Parteiverhältnissen in einer Reihe von Bezirken und infolge der Neueinteilung der Wahlkreise, die sich im Endergebnis gegen die Labourpartei auswirkte und den Konservativen rund 25 sichere Sitze zuhielt, doch aus, um eine neue, der Labourpartei ungünstige Lage zu schaffen. Hätte diese nur noch 10 000 Stimmen mehr bekommen, so hätte sie bei «richtiger» Verteilung der zusätzlichen Wähler eine Mehrheit von 53 Sitzen gewonnen. Aber es war dennoch kein bloßer Zufall, daß dies nicht geschah. Die Strömung im englischen Volke ging eben diesmal, wenn nicht sehr stark, so doch fühlbar genug nach rechts, während sie vor fünf Jahren mit elementarer Wucht nach links ging. Das kam auch in der Arbeiterbewegung selbst recht deutlich zum Ausdruck, haben doch die unabhängigen Linkssozialisten und die Kommunisten die wenigen Sitze, die sie bisher innehatten, diesmal auch noch verloren, zur Freude kurzsichtiger Sozialdemokraten, die nicht zu merken scheinen, daß der Mißerfolg der äußersten Linken eine Auswirkung des gleichen Zuges nach rechts ist, der den Rückschlag der Arbeiterpartei selbst verursacht hat. Was 1945 infolge der Eigenart des englischen Wahlsystems, das einfach dem Kandidaten der relativ stärksten Partei das Mandat zufallen läßt und beim Vorhandensein von bloß zwei Parteien auch lange Zeit ganz klare Verhältnisse schuf, was also vor fünf Jahren vielen Leuten, besonders im Ausland, gar nicht zum Bewußtsein kam, das liegt heute offen am Tag: daß sich nämlich im britischen Volk trotz der Zwischenexistenz der Liberalen Partei zwei fast gleich starke politische Heerlager gegenüberstehen, von denen das eine nur unter besonderen Umständen, wie sie bei Kriegsende tatsächlich vorlagen, ein entscheidendes Übergewicht in der Volks*vertretung* erringen und darauf gestützt eine handlungsfähige Regierung bilden kann. Ob aber solche Umstände bei einer zweiten Unterhauswahl, wie sie jetzt ziemlich allgemein schon für eine nahe Zukunft ins Auge gefaßt wird, wirklich eintreten werden, das ist vorerst noch ganz nebelhaft. Und inzwischen bleibt eben die parlamentarische Lage der Labourregierung im höchsten Grade gefährdet; die Regierung ist förmlich auf die Gnade der Konservativen angewiesen, die kalten Blutes den Zeitpunkt der Hinrichtung ihres Gegners bestimmen können und in dem Augenblick zum entscheidenden Schlag ausholen werden, da eine Auflösung des Unterhauses ihnen den Sieg bei den folgenden Neuwahlen zu versprechen scheint.

Die britische Demokratie ist damit tatsächlich in eine *Funktions-*, ja *Existenzkrise* geraten, die nicht einfach durch taktische Manöver wie die Ausschaltung der Liberalen oder durch eine Wahlreform in der Richtung des Proporzsystems zu beheben ist. Die Überwindung dieser Krise ist vielmehr nur vom endgültigen, klaren Durchbruch der einen oder

anderen der beiden politisch-sozialen Grundströmungen zu erwarten, die sich jetzt innerhalb des britischen Volkes gegenüberstehen. Und das heißt, vom Standpunkt der Linken aus gesehen, daß sich innerhalb der Labourbewegung immer folgerichtiger ein entschieden *sozialistischer* Kurs durchsetzen muß, wenn England nicht der Reaktion und Gegenrevolution ausgeliefert werden soll. Nichts wäre darum verhängnisvoller, als wenn die Labourpartei jetzt eine zaghaft-opportunistische, auf Stimmenfang bei den schwankenden Mittelschichten ausgehende politische Linie einschlagen wollte. Das könnte nur ihre moralische Stoßkraft und damit auch ihre Werbekraft nach außen hin schwächen, während nun doch alles darauf ankommt, daß Labour durch eine grundsätzlich sozialistische Haltung — die nicht gleichbedeutend mit bloß formalem Drauflosverstaatlichen der Wirtschaft sein kann — eine zuverlässige Volksmehrheit hinter sich bekommt, auch wenn es bis dahin noch durch weitere Rückschläge und Krisen hindurchgehen sollte.

Das gilt zunächst für ihren innenpolitischen Kurs; es gilt aber nicht weniger auch für ihre *außenpolitische* Linie. Denn daß der Zwiespalt zwischen der bisherigen Innenpolitik der Labourregierung, die offenkundig sozialistisch inspiriert war, und dem Geist ihrer Außenpolitik, der im wesentlichen derjenige der bürgerlich-konservativen Reichstradition war, zu dem unbefriedigenden Wahlergebnis maßgebend beigetragen hat, das steht für mich durchaus einwandfrei fest. Wenn eine zur Regierungsverantwortung aufgestiegene Partei auf einem so entscheidend wichtigen Gebiet, wie es heute die Völkerbeziehungen sind, in der Hauptsache die Politik ihres Gegners betreibt (der ihr natürlich dauernd Komplimente für diese ihre «staatsmännische» Haltung macht), so *muß* das ja zuletzt selbst auf eine so robuste Wählerschaft, wie es diejenige der Labourpartei ist, verwirrend und demoralisierend wirken, so *muß* die Stoßkraft der Bewegung auch im innenpolitischen Kampf leiden und der Sinn für eine grundsätzliche Entscheidung zwischen zwei unvereinbaren politischen Grundauffassungen, wie sie nun einmal in England gefordert ist, verhängnisvoll getrübt werden*.

---

* Konni Zilliacus, der aus der Labourpartei hinausgeworfene bisherige Abgeordnete für Gateshead, schrieb in seiner Broschüre «Warum ich ausgeschlossen wurde» mit nur zu großem Recht: «Indem sie (die gegenwärtigen Führer der Labourpartei) durch Fortsetzung der Außenpolitik der Koalitionsregierung und Annahme eines ‚Burgfriedens' mit den Konservativen ‚die Außenpolitik von der Parteipolitik trennten', haben sie dem Volk das Mitbestimmungsrecht in außenpolitischen Angelegenheiten verweigert, obwohl internationale Fragen alles entscheiden, was wir in der Innenpolitik zu erreichen streben ... Die Verleugnung der Demokratie in der Außenpolitik durch die Labourführung ist ein Hohn auf die Demokratie auch in der Innenpolitik. Man kann unmöglich eine der Versprechungen in ‚Labour glaubt an England' (einer offiziellen Flugschrift der Labourpartei) ernst nehmen, denn sie können nie verwirklicht werden, wenn wir weiterhin den Frieden verlieren.» Daß auch Zilliacus (der übrigens den Mißerfolg der Labourpartei bei den Wahlen voraussah) dem Rechtsruck innerhalb der Arbeiterbewegung zum Opfer fiel und einem höchst mittelmäßigen Vertreter der offiziellen Parteilinie weichen mußte, ist besonders bedauerlich. Er wird aber wiederkommen.

Welche Kraft wäre doch von einer klar sozialistisch eingestellten Außenpolitik der Labourregierung auf die ganze britische Bewegung ausgeströmt! Und wie unmöglich wäre es geworden, daß ein Churchill seine Politik der Unterordnung Großbritanniens unter die Bedürfnisse des amerikanischen Kapitalismus als die rechtmäßige britische Nationalpolitik hinstellen, ja sich sogar als den gegebenen Vermittler zur Sowjetunion hin empfehlen konnte, wie er das nicht ohne Erfolg im Wahlkampf getan hat! Die Zukunft des Labourregimes hängt so zu einem guten Teil davon ab, ob und wann sich unter britischer Führung die sozialistischen Kräfte Westeuropas zu sammeln vermögen, ob und wann sich Westeuropa von der amerikanischen Vormundschaft freimachen wird, ob und wann sich Amerika selbst zur Abkehr von seiner kapitalistisch-imperialistischen Machtpolitik und zur Zusammenarbeit mit der neu entstehenden sozialistischen und kommunistischen Welt Europas und Asiens entschließt. Kommt es *nicht* rechtzeitig dazu, dann ist die Gefahr groß, daß die konservativen Mächte, die immer noch die Außenpolitik Englands bestimmen, auch in der Innenpolitik wieder zur Herrschaft kommen, zum Verhängnis nicht nur für die Sache der sozialen Gerechtigkeit, sondern auch für diejenige des Völkerfriedens.

Im alten Gleis weiter! Sozialistischem Denken sollte es freilich, so meint man, selbstverständlich sein, daß die Nachkriegspolitik Englands, wie der Westmächte überhaupt, auf eine falsche Bahn geraten ist. Sie ist ja im Grunde nur eine Fortsetzung jener schon nach dem ersten Weltkrieg betriebenen Politik der großen westlichen Demokratien, die auf die *Niederhaltung der sozialen Revolution* und die Konservierung der bestehenden Gesellschaftsordnung ausging, durchaus folgerichtig zur Stützung der faschistischen Diktaturstaaten als der zuverlässigsten Bollwerke gegen Sozialismus und Kommunismus führte, dann aber etwas programmwidrig mit dem Angriffskrieg der undankbaren Achsenmächte weiterging und mit dem Bündnis zwischen den Westmächten und dem «bolschewistischen Erzfeind» für den Kampf gegen den gemeinsamen Gegner endete. Die gleiche sozialkonservative und gegenrevolutionäre Zielsetzung ist der westmächtlichen Außenpolitik, nach dem Zwischenspiel des Kampfes gegen Hitler und Genossen, auch seit dem Ende des zweiten Weltkrieges eigen, nur daß sie diesmal vor allem von den Vereinigten Staaten getragen wird und dementsprechend viel rationeller, planmäßiger und mit ungleich größeren Mitteln als damals arbeitet. Ihre Methoden sind im wesentlichen dreifacher Art:

1. Ein mit allen Mitteln der modernen Massenpropaganda geführter «moralischer» Kreuzzug gegen den Kommunismus, verbunden mit einer leicht übertriebenen Verherrlichung der westlichen Freiheit und Kultur.

2. Wiederherstellung der «freien Wirtschaft» nach amerikanischem Muster und mit amerikanischem Kapital in den vom Krieg zerrütteten

Ländern außerhalb der Sowjetzone, als angeblich allein zuverlässiger Grundlage für materiellen Wohlstand und politische Demokratie.

3. Sicherung dieser Weltordnung durch gewaltige Kriegsrüstungen und durch Hilfeleistung an die «freien Länder», mit dem Ziel, den kommunistischen Einfluß gewaltsam zurückzudrängen und durch konzentrischen Druck von außen her den Ostblock womöglich zum Einsturz nach innen zu bringen.

Die Ergebnisse dieser Politik sind schon bisher wenig ermutigend, und sie drohen, je länger sich der ganze Plan entfalten kann, um so verheerender zu werden. Die Anfangserfolge der *amerikanischen Wirtschaftshilfe* an Europa — um zunächst davon zu reden — sollen zwar keineswegs bestritten werden, und soweit mit ihr einfach die Milderung der drückendsten Kriegsfolgen bezweckt war, ist dagegen gar nichts einzuwenden, im Gegenteil. Darüber hinaus aber ist die Marshallhilfe, die vor allem dem Wiederaufbau des durch den Krieg zerstörten Produktionsapparats im Rahmen der «freien Marktwirtschaft» dient, nicht imstande, das Wirtschaftsproblem der westeuropäischen Industrieländer zu lösen, das darin besteht, daß ihrer wachsenden Produktionskraft keine entsprechende *Konsumkraft* der Bevölkerung und kein genügend großer und einheitlicher Absatzmarkt in Europa gegenüberstehen. Und ein solcher Markt kann eben auch durch den stärksten amerikanischen Druck nicht erzwungen werden, besonders wenn die Art europäischer Einigung, die man in Amerika im Auge hat, nur die Organisierung Westeuropas für den Kampf gegen die Oststaaten ist, von denen sich der Westen doch nur um den Preis seines wirtschaftlichen Zerfalls absperren kann. Unter dem Kapitalismus ist aber das europäische Wirtschaftsproblem überhaupt nicht lösbar. Wie Dr. V. Gitermann im «Öffentlichen Dienst» (24. Februar) schreibt:

«Der Kapitalismus ist außerstande, den Lebensstandard der Menschen lohnpolitisch im selben Tempo zu erhöhen, in welchem er technisch die Ergiebigkeit ihrer Arbeit steigert. Schon aus diesem Grunde ist eine störungsfreie Ausweitung des Warenaustausches unter kapitalistischen Verhältnissen schlechthin nicht möglich. Um Europa (unter Beibehaltung der kapitalistischen Privatwirtschaft) wirklich zu sanieren, müßte Amerika sich entschließen, Jahr für Jahr große Mengen europäischer Waren zu kaufen. Gerade dies aber kann Amerika nicht tun, weil es dabei seine eigenen wirtschaftlichen Interessen hintansetzen müßte. Amerika will exportieren, eines großen Importes dagegen bedarf es nicht. Europa wäre imstande, amerikanische Produkte zu kaufen, wenn es sie mit europäischen Produkten bezahlen dürfte. Amerika aber will für seine Ausfuhr in Dollars bezahlt werden, und Dollars sind in vielen europäischen Ländern nur in geringen Quantitäten vorhanden.»

Die Vereinigten Staaten werden um so weniger geneigt sein, ihre Ausfuhr zugunsten vermehrter Einfuhr aus Europa zu beschränken, je mehr die Hochkonjunktur in Amerika abflaut und die Sättigung des amerikanischen Binnenmarktes die Abschiebung der Überschußproduktion ins Ausland zur Lebensnotwendigkeit für die eigene Industrie macht. Und diese Entwicklung bereitet sich mit sozusagen gesetzmäßiger

Zwangsläufigkeit immer deutlicher vor. Um mit der Neuyorker «Monthly Review» (Januar 1950) zu reden:

«Die Hochkonjunktur nähert sich ihrem Ende, doch ist kein plötzlicher Zusammenbruch zu erwarten. Die Wirtschaftskurve geht ausgesprochen abwärts, doch dürfte der Abstieg stufenweise erfolgen ... Die wirtschaftliche Aussicht ist, daß sich der amerikanische Kapitalismus vom Guten zum Schlimmen und vom Schlimmen zum Schlimmeren entwickelt — nicht plötzlich oder dramatisch, aber stufenweise und sicher. Es ist wohl möglich, daß die künftigen Volkswirtschafter und Geschichtsschreiber von der großen Krise der fünfziger Jahre sprechen werden, ohne jemals genau feststellen zu können, wann sie begonnen hat.»

Und dann — wird sich im Gefolge der neuen Krise auch das wieder einstellen, was wir schon in den Dreißigerjahren erlebt haben: Linksradikalismus bei den Massen, Rechtsradikalismus im Mittelstand und Besitzbürgertum und zuletzt Flucht aus der Krise in auswärtige Abenteuerpolitik und Krieg?

Die «freie Wirtschaft» Auch die praktischen Erfahrungen in den europäischen Ländern, die des neubelebten wirtschaftlichen Liberalismus teilhaftig geworden sind, sprechen keineswegs für eine Fortsetzung dieses Experiments. Dem Aufschwung gewisser Zweige der Produktion, der teilweisen Ausweitung des Konsums und der mächtigen Steigerung der Gewinne in Handel und Industrie, die als Folge der «Rückkehr zur Marktwirtschaft» in einer Anzahl von Staaten zu verzeichnen sind, steht eine Verschlechterung der Lebenshaltung breiter Volksschichten und eine Vermehrung der Arbeitslosigkeit gegenüber, die allmählich beunruhigende Ausmaße annimmt. In dem kleinen *Belgien* zum Beispiel lag Anfang 1950 eine Viertelmillion Menschen ohne Beschäftigung und Verdienst auf der Straße. In *Italien* sind es nach der jüngsten amtlichen Zählung schon über zwei Millionen, zu denen noch eine Million Kurzarbeiter kommen dürfte, während die Produktion keinerlei Anzeichen einer Wiederbelebung aufweist und insbesondere die Maschinenindustrie, der Schiffsbau und die Schwerindustrie, aber großenteils auch die Textilindustrie höchstens mit halber Kraft arbeiten. In *Frankreich* ist es vor allem die Spannung zwischen Preisen und Löhnen, die das Lebensniveau der Arbeiter- und Angestelltenschichten immer tiefer herunterdrückt, vermag doch gegenwärtig der Durchschnittslohn des Arbeiters kaum die Hälfte der Güter und Dienstleistungen zu kaufen, die er vor dem Kriege kaufen konnte. In Italien dürfte es in dieser Beziehung noch ärger stehen, in Belgien nicht viel besser.

In *Westdeutschland* hat sich die Zahl der Arbeitlosen in den letzten 12 Monaten mehr als verdoppelt, und zwar gar nicht nur in den mit Ostflüchtlingen überschwemmten Ländern. Sechs bis sieben Millionen Menschen — Arbeitslose, Kurzarbeiter und Sozialrentner mit ihren Familien — können sich fast nie Fleisch und nur in ungenügendem Maße Milch und Margarine leisten; weitere zwei Millionen Lohnempfänger mit Ein-

kommen von unter 150 Mark sind, wenn sie Familie haben, ungefähr in der gleichen Lage, so daß annähernd der dritte Teil der Bevölkerung unterernährt ist. Aber die Westmächte haben wahrhaftig wenig Recht, die Deutsche Bundesrepublik wegen ihres Versagens gegenüber solchem Notstand irgendwie zu tadeln; der «gänzliche Mißerfolg» ihrer Wirtschaftspolitik, den nach der Feststellung der Berater der alliierten Hochkommissare die Bonner Regierung selbst in ihrem jüngsten Bericht an die Marshallplan-Organisation in Paris zugegeben hat, ist ja in Wirklichkeit nur der Mißerfolg des «freien Unternehmertums» und des Gewährenlassens der gesellschaftlichen Kräfte, das die Westmächte — oder doch mindestens die Vereinigten Staaten — zum Grundsatz ihrer eigenen Wirtschaftspolitik erhoben haben und das man nun auch in Westdeutschland so gelehrig praktiziert!

Nebenbei: *Ostdeutschland* kennt nicht nur keine Arbeitslosigkeit, sondern steigert auch seine Produktion in bemerkenswerter Weise: bei Braunkohle um 25 Prozent zwischen März 1948 und September 1949, bei Eisenerz um 36 Prozent, bei Rohstahl um 190 Prozent und bei Walzstahl um 100 Prozent. Gleichzeitig scheint sich, bei sinkenden Preisen, die Versorgung mit Verbrauchsgütern allmählich ebenfalls zu bessern, ähnlich wie dies auch in Polen, der Tschechoslowakei und Ungarn der Fall ist, nicht zuletzt in der *Sowjetunion*, wo soeben eine allgemeine Preissenkung um 10 bis 50 Prozent verfügt worden ist.

Natürlich schnöden unsere bürgerliche und teilweise auch die sozialdemokratische Presse wacker über diesen «Propagandaschwindel», aber Tatsache bleibt eben doch, daß die Steigerung der Produktion von Verbrauchsgütern, die seit Kriegsende ein Hauptziel der sowjetischen Wirtschaftspolitik ist, nunmehr eine fühlbare Erhöhung der Kaufkraft des Lohneinkommens bewirkt hat, im Gegensatz zu der fallenden Tendenz des Reallohnes, der in den meisten kapitalistischen Ländern zu verzeichnen ist. Der Unterschied zwischen Planwirtschaft und «freier» Wirtschaft wird so aller liberalistischen Propaganda zum Trotz den Völkern allmählich doch in die Augen springen.

Die «freien Nationen» Aber auch *die* Behauptung wird mehr und mehr durch die Tatsachen Lügen gestraft, daß die kapitalistische Wirtschaftsfreiheit allein den Bestand der politischen Freiheit und Demokratie gewährleiste. In Wahrheit erleben wir ja gerade den fortschreitenden *Verfall* der Demokratie in den Ländern des «freien Unternehmertums». Schauen wir nach *Frankreich:* Hier herrscht nun wirklich der Wirtschaftsliberalismus wieder fast unumschränkt, so sehr, daß sogar die Sozialisten die Zusammenarbeit mit der vom Finanz- und Industriekapital gegängelten Regierung gekündigt haben. Aber von einer Stärkung und Gesundung der Demokratie, die dadurch eingeleitet worden sei, können nur Zyniker reden. Tatsächlich greifen Fäulnis und Korruption wie bösartige Geschwüre am Volkskör-

per um sich. Ein Skandal jagt den anderen. Die nationale Gemeinschaft zersetzt sich erschreckend rasch. Gleichzeitig nimmt die soziale Gärung eher zu als ab und entlädt sich in immer neuen Lohnkonflikten und Streikaktionen, die die bürgerliche Presse vergebens als kommunistische Mache erklärt, die vielmehr in der schweren Lebensnot des Arbeitervolkes ihren Ursprung haben und darum auch in bezeichnender Einmütigkeit von den Gewerkschaften aller Richtungen getragen werden. Die Klassenkämpfe werden unter diesen Umständen immer schärfer, bitterer, brutaler, und wie lange mag es noch gehen, bis unter ihrer Gewalt vollends das ganze Gefüge der parlamentarischen Republik zusammenbricht?

Ähnlich ist das Bild, das *Italien* bietet; auch hier werden auf die Dauer weder amerikanisches Geld noch klerikale Macht die Fassade einer Demokratie aufrechtzuerhalten vermögen, für deren lebendiges Funktionieren weder die geistigen noch die sozialen Voraussetzungen bestehen.

Und *Westdeutschland*? Wie sich die Demokratie da entwickelt, braucht nicht mehr im einzelnen beschrieben zu werden. Die unheilige Allianz von Kapitalismus, Militarismus und Neunazismus steht ja in voller Blüte und verspricht zu ihrer Zeit Früchte zu bringen, die ihren westmächtlichen Gönnern noch einmal recht bitter schmecken werden. Man kann eben Deutschland nicht wiederum gegen die Sowjetunion mobilisieren, ohne die alten Unheilsmächte neuerdings zu erwecken, die schon zwei Weltkriege entfesselt haben. Und man darf umgekehrt nicht das Wiederaufleben dieser Mächte beklagen, wenn man gleichzeitig eine Welt- und Europapolitik mitmacht, die ihre Neuerstarkung nicht bloß dulden muß, sondern geradezu voraussetzt *.

Ähnliches gilt für *Spanien*, das, wie der amerikanische Außenminister erklärt, «ein Teil von Westeuropa ist, der nicht dauernd von normalen Beziehungen mit diesem Raum abgeschnitten werden sollte». Von seiten der Wesmächte ist es auch tatsächlich durchaus konsequent, Franco-Spanien in ihr europäisches Militärsystem einzugliedern und es darum auch diplomatisch und politisch wieder zu Ehren zu ziehen. Inkonsequent, ja unwahrhaftig aber ist es, im Namen der Freiheit eine antisowjetische Europapolitik zu unterstützen, die auch Diktaturstaaten für ihre Zwecke einspannen muß, ja gerade sie, haben sie sich doch seit Hitler und Mussolini immer als die brauchbarsten, wenn auch zuletzt brüchigsten Werkzeuge im Kampf gegen die soziale Revolution erwiesen.

Auf der Linie dieser gegenrevolutionären Klassenpolitik führt darum auch in *Belgien* die Entwicklung immer ausgesprochener von der Demokratie weg. Die bevorstehende Volksbefragung über die Königsfrage

---

* Daß der vom amerikanischen Hochkommissar McCloy erhobene Ruf nach «freien Wahlen» für ein zu schaffendes Gesamtdeutschland nur dazu bestimmt ist, die Einigung Deutschlands auf westlich-kapitalistischer Grundlage zu befördern und der Propaganda der «Nationalen Front» der Ostzone für ein *sozialistisches* Deutschland entgegenzuwirken, braucht kaum besonders betont zu werden.

dürfte das aufs neue erweisen, ist es doch wenig wahrscheinlich, daß die 55 Prozent Stimmen gegen Leopolds Rückkehr erreicht werden, die dieser als nötig erklärt, solle er überhaupt seine freiwillige Abdankung in Erwägung ziehen. Und daß mit der Wiedereinsetzung Leopolds in seine königlichen Rechte die Reaktion mehr als bloß einen symbolischen Sieg erringen würde, ist nur allzu klar. Die Rolle, die der König schon vor dem Krieg bei der Lösung Belgiens aus seinem Bündnis mit Frankreich und England gespielt hat, und dann namentlich seine Rolle während des Krieges selbst, die sich von derjenigen eines Kollaborateurs kaum wesentlich unterschied, aber auch seine engen Bindungen an rückschrittliche, besonders klerikale Kreise, nicht zu reden von seiner üblen Verwandtschaft (sein Schwiegervater mußte wegen Flucht vor dem Feind als Gouverneur von Westflandern gemaßregelt werden, und sein Schwager wurde wegen Dienstverweigerung aus unehrenhaften Gründen zu drei Jahren Gefängnis verurteilt) — all das zeigt zur Genüge, wes Geistes Kind dieser Monarch ist. Zu der Wiederherstellung des ungehemmten kapitalistischen Freibeutertums in Belgien und dem konservativen Wahlerfolg im Sommer 1949, der dann das Ausscheiden der Arbeiterpartei aus der Regierung nach sich zog, würde Leopolds Rückberufung freilich ausgezeichnet passen. Und die Hartnäckigkeit, mit der sich die Rechte für sie einsetzt, ist ein Gradmesser für das Selbstbewußtsein der belgischen Reaktion und für ihre Entschlossenheit, ihren Willen durchzusetzen, auch wenn darunter die nationale Einheit Belgiens und sein innerer Frieden noch so sehr leiden sollten. Die Lage in Belgien fügt sich auf jeden Fall aufs natürlichste in das Bild ein, das Alvarez del Vayo unlängst in der Neuyorker «Nation» von Westeuropa als Ganzem entworfen hat:

«Überall in den westeuropäischen Ländern tauchen ehemalige Faschisten und Kollaborateure auf, die ob der Ohnmacht ihrer Feinde verächtlich lachen. Ich könnte Dutzende von antifaschistischen Zeitungsleuten anführen, die in Frankreich, Belgien und Italien in der Widerstandsbewegung mitgekämpft haben, aber jetzt ohne Stellung sind, weil Mitläufer Hitlers und Mussolinis ihre Plätze eingenommen haben. Viele tüchtige Beamte, die für die Befreiung gekämpft haben, sind entweder entlassen worden oder haben in den Ministerien und im diplomatischen Dienst Kollaborateure vor die Nase gesetzt bekommen. Es ist ein historischer Schwindel ersten Ranges, wenn man es so darstellt, als sei Europa für die Demokratie gerettet worden. Wenn die ehemaligen Faschisten und ihre Verteidiger den Krieg verloren haben, so haben sie wenigstens den Frieden gewonnen. Überall triumphiert heute die Rechte. Sogar in Monaco kam bei den letzten Wahlen die Rechte an die Macht, zur Sicherung der Ruhe der Touristen, die im kommenden Sommer ihr Glück an den Spieltischen von Monte Carlo versuchen wollen.»

Ein Wort muß immerhin noch zu der neuesten Entwicklung in *Griechenland* gesagt werden, die durchaus in diesen Zusammenhang hineingehört. Griechenland ist ja die erste «freie Nation», die gemäß der Truman-Doktrin die Finanz- und Militärhilfe der Vereinigten Staaten für ihren Kampf gegen die «rote Diktatur» empfangen hat. Der Kampf ist nunmehr gewonnen, die «Banden» sind für einmal zersprengt, aber

dem griechischen Volke winkt nicht die Demokratie, sondern erst recht die Diktatur. O ja, soeben ist eine neue Volksvertretung gewählt worden, wie es in demokratischen Staaten üblich ist. Ihre Zusammensetzung ist im Augenblick, da ich schreibe, noch nicht bekannt, aber das ist ja auch vollkommen Nebensache, da die «freien Wahlen», mit denen das Athener Regime blaguierte, ein aufgelegter Betrug sind und von einer wirklichen Willensäußerung des Volkes so wenig die Rede sein kann wie bei den «Parlamentswahlen» in irgendeinem kommunistisch regierten Land. Basil Davidson kennzeichnete auf Grund eigenen Augenscheines die Lage in Griechenland scharf, aber kaum unrichtig, wenn er im «New Statesman» (vom 11. Februar) schreibt:

«Das Kriegsrecht ist formell am 30. Dezember aufgehoben worden, bleibt aber — mit Konzentrationslagern — tatsächlich für alle Personen in Kraft, die ‚umstürzlerischer Betätigung' verdächtig sind. Keine Linkspartei hat Kandidaten aufgestellt, außer einer kleinen, eingeschüchterten sozialistischen Partei, der die letzten paar Jahre viel von ihrem Ansehen genommen haben. Obwohl es seit 1946 große Wanderungsbewegungen in der Bevölkerung gegeben hat, haben die Behörden die Wählerlisten nicht ernsthaft überprüft. Weite Gebiete auf dem Land sind immer noch von Banden der Rechten beherrscht. Mehr als 50 000 Erwachsene sind im Gefängnis oder auf Inseln verbannt. Andere, die ‚linker Ansichten' verdächtig sind, können von einem Tag auf den andern zu ihnen stoßen oder wann immer die Polizei es angezeigt findet, sie zu verhaften. Die Gewerkschaftsbewegung ist demoralisiert und durch ihre ‚Führer' an die Parteien der Rechten gebunden. Alles, was diese Wahlen möglicherweise fertigbringen, ist die Ersetzung einer Gruppe der herrschenden Oligarchie durch eine andere. Mit diesem Unterschied: Man erwartet allgemein, daß das neue Parlament den Wunsch des Hofes, des Generalstabs und mächtiger amerikanischer Kreise nach einer ‚starken Regierung' widerspiegeln werde, die nach dem Muster der Diktatur Metaxas geformt wäre.»

Alles Gerede von einer allmählichen Demokratisierung Griechenlands, die nach der Beseitigung der «kommunistischen Drohung» möglich geworden sei, erklärt Davidson als besseren Unsinn. «Die Verhältnisse liegen so, daß die ‚kommunistische Drohung', zum mindesten wie man sie in Athen versteht, gleichbedeutend ist mit irgendwelcher Forderung nach ein bißchen Spielraum für Demokratie und für echte Selbstregierung. Man muß sich mit der unschmackhaften Tatsache abfinden, daß nicht viel anderes als planmäßige Korruption, Gewaltmaßnahmen und straflose Verbrechen von dem Regime erwartet werden kann, das die Westmächte Griechenland aufgezwungen haben*.»

---

* Inzwischen ist das Ergebnis der griechischen «Wahlen» bekannt geworden. In zahlreichen Blättern der westeuropäischen Linken wird es als Sieg der Demokratie, ja des Sozialismus gefeiert, mit mehr oder weniger weitreichenden Hoffnungen auf einen Umschwung der innenpolitischen Lage in Griechenland verbunden. O heilige Einfalt! möchte man da ausrufen. Als ob die Mächte, die Griechenland wirklich beherrschen, eine solche Wendung auch nur im Traum zuzulassen gedächten! Was immer die parlamentarische Fassade sein mag — *diese* Mächte gilt es zuerst zu überwinden, bevor im Ernst von einer Demokratisierung Griechenlands die Rede sein kann. Wenn die neue, aus den Kammerwahlen hervorgehende Regierung versuchen sollte, *ohne* Rücksicht auf die wirklichen Herrschaftsverhältnisse das Steuer nach links zu wenden, so wird sie bald merken, wie weit ihre Macht reicht. (1. März.)

Rotes Asien! Wenn es auf die Westmächte angekommen wäre, so würden die gleichen Zustände wie in Griechenland, ja weit ärgere, noch heute in *China* herrschen. Der Sieg der Revolution hat das verhindert und in Ostasien eine von Grund auf neue Lage geschaffen. Trotzdem denkt das offizielle Amerika überhaupt nicht daran, aus dem Zusammenbruch seiner Interventionspolitik die gegebenen Folgerungen zu ziehen und mit der chinesischen Volksrepublik in ein anständiges Verhältnis zu kommen oder gar seine Asienpolitik im ganzen umzustellen. Die erste Wirkung dieses sturen Konservatismus ist der *Freundschafts- und Bündnisvertrag zwischen China und der Sowjetunion*, den die Außenminister der beiden Länder, Tschu En-lai und Wyschinski, am 14. Februar in Moskau unterzeichnet haben. Die Tragweite dieses Ereignisses ist heute noch nicht abzusehen. Doch ist jetzt schon klar, daß all die interessierten Spekulationen auf ein Zerwürfnis zwischen China und Rußland zusammengebrochen sind und mit der Vorstellung von einer «fortschreitenden Zerstückelung und Unterjochung Chinas durch den Sowjetimperialismus» (so spiegeln sich nämlich die Dinge im Kopfe des Mr. Acheson) bei allen auch nur halbwegs urteilsfähigen Beobachtern gründlich aufgeräumt worden ist. Von einer Losreißung der nördlichen Provinzen Chinas ist im Vertragstext auch nicht die Spur zu finden. Dafür hat China die Genugtuung, daß der russisch-chinesische Vertrag von 1945, der in China immer als demütigend empfunden wurde, in aller Form aufgehoben und das von der russischen Armee den Japanern abgenommene chinesische Eigentum in der Mandschurei ordnungsgemäß zurückerstattet wird. China wird ferner spätestens 1952 die wichtige Tschangtschun-Bahn in der Mandschurei und ebenso den Hafen von Port Arthur zurückerhalten. Und schließlich wird ein russischer Kredit von 300 Millionen Dollar China helfen, seine Industrie mit modernen Maschinen und Apparaturen aus der Sowjetunion auszustatten.

Das sind Zugeständnisse, die Rußland kaum leicht gefallen sind, die es aber wohl machen *mußte*, wollte es seiner künftigen Zusammenarbeit mit China eine zuverlässige Grundlage geben. Darüber hinaus wird aber die ganze Haltung, welche die Sowjetunion gegenüber der chinesischen Revolution und dem daraus hervorgegangenen Regime eingenommen hat, wesentlich dazu beitragen, ihr Ansehen bei den Völkern Asiens, die um nationale Selbstbestimmung und Freiheit von wirtschaftlicher Not ringen, weiter zu erhöhen. «Auf diese Völker», so stellt die schon in unserer letzten Rundschau erwähnte Programmschrift englischer Labourpolitiker «Links anhalten» unumwunden fest,

«auf diese Völker übt der revolutionäre Marxismus eine gewaltige Anziehungskraft aus. Sie nehmen ihn nicht deshalb an, weil er russisch ist, sondern weil er ihnen eine Erklärung für ihr Elend und Hoffnung auf eine bessere Welt bietet. Die westliche Demokratie sagt einem chinesischen Bauern, einem afrikanischen Stammesmann oder einem arabischen Fellachen nicht viel — oder vielmehr: die westliche Demokratie erscheint ihnen als Zubehör imperialer Macht. Wir können nicht hoffen, ein Volk gerade-

wegs aus Feudalismus oder Stammestum herauszueißen und es die Praxis einer sozialen Demokratie zu lehren, die Hunderte von Jahren gebraucht hat, um sich in unseren eigenen Ländern zu entfalten.»

Was wunder also, wenn sich unter dem mächtigen Eindruck der chinesischen Revolution und mit den großen Leistungen der Sowjetunion für ihre «zurückgebliebenen» asiatischen Völker vor Augen, die farbigen Rassen mehr und mehr dem Einfluß des Kommunismus öffnen, der für sie nun einmal *die* Form ihrer Menschwerdung darstellt! So steht denn in *Indochina* schon heute die Mehrheit des Volkes hinter Ho Chi Minh und der von ihm geführten Bewegung, die für nationale Unabhängigkeit und Befreiung von kapitalistisch-imperialistischer Ausbeutung kämpft. So breitet sich die kommunistische Bewegung auch in *Siam* aus, das sich zwar eines ansehnlichen materiellen Wohlstandes erfreut, das aber eine starke und rührige chinesische Minderheit (3 bis 4 Millionen von insgesamt 17 Millionen Einwohnern) besitzt, deren Gewicht auch politisch entscheidend werden könnte, wenn es zugunsten der Partei des sozialistisch orientierten früheren Ministerpräsidenten Pridi Phanomuong gegen den jetzigen reaktionären Regierungschef Pibul Songgram in die Waagschale geworfen würde. In *Malaya* und *Singapur* stellen die Chinesen sogar 43 Prozent der Bevölkerung und bilden das Rückgrat des Aufstandes gegen die britische Kolonialherrschaft, der das Land seit Jahren so tief beunruhigt. Besonders ungesichert scheinen die Verhältnisse in *Burma* zu sein, dessen schwache und unpopuläre Regierung kaum die Hälfte des Landes mit nur einem Viertel der Bevölkerung kontrolliert und mit einer kommunistischen Bewegung im Rücken die 1500 Kilometer lange Grenze gegen China niemals zu verteidigen vermöchte.

Auf der anderen Seite ist auch *Südkorea* von China und zugleich von Nordkorea her kommunistischem Einfluß ausgesetzt, und wenn die amerikanische Militärdiktatur in *Japan* die kommunistische und radikalsozialistische Bewegung vorerst auch noch niederzuhalten imstande ist, so sorgt die Tatsache, daß sich China und Japan wirtschaftlich ausgezeichnet ergänzen — Japan braucht Mineralien und Lebensmittel aus der Mandschurei, und China ist ein natürliches Absatzgebiet für die billigen Fabrikwaren Japans —, auch für eine Annäherung des politischen und sozialen Regimes der beiden Länder in einer nicht fernen Zukunft. Ob schließlich die *Philippinen* noch lange die amerikanische Halbkolonie bleiben werden, die sie jetzt sind, ist recht fraglich; das korrupte Regime des Quislings Quirino ist im Volke wenig beliebt, und eine eigentliche Wirtschaftskrise (schon jetzt gibt es bei einer Bevölkerung von 19 Millionen 2 Millionen Arbeitslose) würde der revolutionären Agitation sicher den günstigsten Nährboden schaffen.

Die neue Wirklichkeit Was tun die Westmächte angesichts dieser ganzen Lage? Sie sehen im Kommunismus auch hier lediglich die Gefahr und bekämpfen sie zudem fast ausschließ-

lich negativ. Sie suchen mit den alten, wirkungslosen Gewaltmitteln «die Ordnung» aufrechtzuerhalten und «den Umsturz» zu verhindern. Sie führen, wie Frankreich in Indochina und England in Malaya, ebenso aussichtslose wie kostspielige und schmutzige Kolonialkriege, wobei Amerika im Begriffe steht, insbesondere den Franzosen ausgiebige wirtschaftliche und militärische Hilfe zu leisten. Sie bauen ihr Stützpunkt- und Operationssystem im Pazifikraum immer umfassender aus und sähen es gerne, wenn ein eigentliches Militärbündnis der beteiligten Staaten nach Art des Atlantikpaktes als Abwehrdamm gegen die rote Flut zustandekäme. Und soweit sie auch wirtschaftliche Hilfe an die Proletariervölker Asiens ins Auge fassen, tun sie es durchaus im Geiste des ausdehnungsbedürftigen, anlagesuchenden Kapitalismus, der hier neue Gewinnmöglichkeiten wittert.

Was *sollten* die Westmächte aber tun? Wenn sie gut beraten wären, so würden sie — um es mit *einem* Wort zu sagen — *die neue Wirklichkeit in Asien anerkennen* und danach handeln. «Annahme feststehender geschichtlicher Tatsachen», so bemerkt der Amerikaner Johannes Steel in seinem monatlichen «Bericht über die Weltereignisse» (Januar 1950), «ist nicht Beschwichtigungspolitik (appeasement), sondern weise Staatskunst. Geschichtliche Tendenzen zu erkennen, in ihrem Sinn zu handeln und ihre Formung und Lenkung zu versuchen, ohne ihre Grundrichtung zu ändern, liegt im besten Interesse des eigenen Landes. Präsident Franklin Delano Roosevelts größte Leistung war, daß er dies verstand und entsprechend handelte. Er machte in glanzvoller Weise aus der geschichtlichen Notwendigkeit eine Tugend. . . . Wir müssen ein- für allemal die Welt nehmen, wie sie ist, und nicht wie einige Leute aus den mannigfachsten Gründen sie haben möchten. Ist das einmal geschehen, dann ist das psychologische Haupthindernis für die Befriedung der Welt beseitigt.»

Steel macht in diesem Zusammenhang darauf aufmerksam, daß der Vertrag von Moskau China durchaus die Freiheit gelassen habe, auch mit Westeuropa und Amerika in Wirtschaftsbeziehungen zu treten. «Diese Haltung der Sowjets stellt», wie er glaubt,

«tatsächlich einen allgemeinen Hinweis auf die Möglichkeit einer friedlichen und nutzbringenden Zusammenarbeit zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion beim Wiederaufbau und bei der künftigen Industrialisierung Chinas dar. Man darf darin einen neuen Beweis dafür sehen, daß die Sowjetunion bereit ist, alles ihr Mögliche für die Beendigung des kalten Krieges zu tun, obwohl dieser keineswegs in Moskau erfunden worden ist. China könnte die Brücke über das Eisfeld des kalten Krieges werden. . . . Hier liegt die größte Möglichkeit des nächsten halben Jahrhunderts für einen westlichen Staatsmann.»

England habe, so fährt der amerikanische Journalist fort, durch seine Anerkennung der chinesischen Volksrepublik bereits einen Schritt in dieser Richtung gemacht. Das zeige besser als alles andere «den Bankerott des Grundsatzes der (gewaltsamen) Zurückdrängung des Kommunismus,

aus dem alle Kundgebungen der gegenwärtigen amerikanischen Außenpolitik fließen»:

«In China ist unser wichtigster Reisegefährte, Großbritannien, vom Zurückdrängungszug abgesprungen. Großbritannien konnte einfach die Last nicht mehr tragen, die ihm unsere Politik der Weigerung, die Welt und ihre politische Gestalt, wie sie tatsächlich ist, anzuerkennen, aufgeladen hatte. Die westlichen Demokratien, die immer noch unsere Reisegefährten in Europa sind, werden unvermeidlicherweise ebenfalls abspringen, weil sie die Anspannung auf die Dauer nicht ertragen können. Sie können im eigenen Interesse mit uns in Asien nicht mehr lange weiterkutschieren, aber auch nicht mehr mit unserer Politik der Wiederaufrichtung des Nazireiches einiggehen, denn das würde sie schließlich selber vernichten ... Es ist keine Übertreibung, wenn man sagt, daß der Kern unserer Politik darin besteht, Westdeutschland aufzubauen, damit es für uns Krieg gegen Rußland führe. Aber selbst wenn wir einen solchen Krieg gewinnen könnnten, würden wir am Tag nach unserem Sieg gegen Deutschland Krieg führen müssen, oder Deutschland würde gegen uns Krieg führen ... Im amerikanischen Volke wird man sich dieser düsteren Aussichten allmählich doch bewußt. Das Problem ist, dieses Bewußtsein in politisches Handeln umzusetzen. Im großen und ganzen darf man behaupten, daß die chinesische Revolution zusammen mit der Enthüllung, daß die Sowjetunion Atomkraft verwendet, die Kriegsgefahr vermindert hat *.»

Inzwischen scheint die Aussicht auf ein Wettrüsten mit Wasserstoffbomben das Wachwerden des amerikanischen Volkes aufs neue beschleunigt zu haben. Die H-Bombe, so berichtet der Washingtoner Korrespondent der «Neuen Zürcher Zeitung», habe «in Amerika mit beinahe verheerender psychologischer Wirkung eingeschlagen» und eine verwirrende Fülle von Plänen und Vorschlägen für die Rettung des Friedens hervorgerufen. Der bemerkenswerteste davon stammt von dem demokratischen Senator *MacMahon*, dem Vorsitzenden der Atomkraftkommission der amerikanischen Bundesversammlung. Er läuft darauf hinaus, daß die Vereinigten Staaten in den nächsten fünf Jahren alljährlich zwei Drittel ihrer Militärausgaben — das sind 10 Milliarden Dollar — durch Vermittlung der UNO für eine friedliche Wirtschaftshilfe allen Ländern, eingeschlossen Rußland, zur Verfügung stellen sollten; als Gegenleistung soll Amerika 1. eine wirksame internationale Kontrolle der Atomkraft und 2. die wiederum international zu überwachende Herabsetzung der Rüstungsausgaben aller Länder um zwei Drittel verlangen. MacMahon ist überzeugt, daß die Wasserstoffbombe die Verteidigung der Vereinigten Staaten endgültig unmöglich gemacht habe, daß ihre Herstellung die amerikanischen Bundesfinanzen zerrütten

* Im Gegensatz dazu wird in der «Neuen Zürcher Zeitung» (Nr. 432) behauptet, falls wirklich die Mitteilungen von Dr. Fuchs die Herstellung der Atombombe in Rußland um ein bis zwei Jahre beschleunigt hätten, so «müßte Dr. Fuchs eine denkbar schwere Mitverantwortung für die Verschärfung der Gegensätze und der Kriegsgefahr zwischen Ost und West in den letzten Jahren zur Last gelegt werden.» Natürlich ist gerade das Gegenteil richtig. Die Brechung des amerikanischen Monopols auf die Atombombe hat — wie die Brechung jedes früheren Waffenmonopols — die Kriegsgefahr *vermindert*. Und wenn Fuchs dazu beigetragen hat, so hat er *objektiv* der Sache des Friedens gedient. Daß er damit *subjektiv* nicht entschuldigt ist, leuchtet ein. Verrat bleibt Verrat; der hohe Zweck rechtfertigt auch hier nicht das gemeine Mittel.

müsse und daß die moderne Kriegstechnik das Recht des Parlamentes, den Krieg zu erklären, völlig bedeutungslos erscheinen lasse. Ein «moralicher Kreuzzug für den Frieden» sei jetzt fällig, eingeleitet durch eine Sondertagung der Vereinten Nationen in Moskau, deren Verhandlungen durch das Radio in jedes russische Dorf übertragen werden müßten . . .

Auf einer ähnlichen Linie bewegt sich ein erstaunlicher Artikel, den einer der wichtigsten Männer des amerikanischen Außenministeriums, George *Kennan*, der als Vater der «Zurückdrängungspolitik» gilt, kürzlich in «Reader's Digest» (9 Millionen Leser!) veröffentlicht hat. Kennan tritt hier mit ebensoviel Freimut als gesundem Menschenverstand der populären Annahme entgegen, die Sowjetunion bereite einen Angriffskrieg gegen die Westmächte vor, ja auf Grund der leninistisch-stalinistischen Geschichtsauffassung *müsse* sie das sogar tun.

«Der heutige Stalinismus», so stellt Kennan fest, «fordert jedoch keinen Krieg. Im Gegenteil, er lehrt auch, daß der Kapitalismus schließlich weitgehend aus sich selbst heraus zusammenbrechen wird, das heißt infolge der inneren ‚Widersprüche', von denen er nach der Meinung der Kommunisten erfüllt ist. Die Rolle des Kommunismus besteht ihrer Ansicht nach darin, den Zusammenbruch des Kapitalismus zu beschleunigen und bei der Geburt der sozialistischen Ordnung Hebammendienste zu leisten. In ihrer Theorie sind sie anscheinend geneigt, dies in erster Linie als die Aufgabe der Kommunisten der einzelnen Länder und nicht als eine Aufgabe der Roten Armee zu betrachten.

Stalins Lehre enthält kein Wort darüber, daß es unbedingt die Hauptaufgabe der sowjetischen Streitkräfte sei, den Kapitalismus überall durch direkte Kriegshandlungen zu stürzen. Diese Annahme erschiene vom kommunistischen Standpunkt aus sogar unlogisch und falsch; sie würde nämlich besagen, daß der Kapitalismus im Grunde gesund und imstande sei, auf die Dauer mit seinen eigenen ‚Widersprüchen' fertigzuwerden, wenn solch ein Angriff nicht erfolgte. Das aber ist es gerade, was gute Marxisten nicht glauben.»

Im übrigen weist Kennan nachdrücklich darauf hin, daß Rußland schon aus Überlieferung und Instinkt nicht zu einer weitgreifenden Expansionspolitik neige, daß es auf lange Zeit hinaus mit der Wiedergutmachung seiner Kriegsschäden und dem Ausbau seiner Wirtschaftskräfte zu tun habe und daß der Kreml bei allem Wunsch, den Untergang des Kapitalismus zu beschleunigen, «nicht die Sicherheit der Welthochburg des Kommunismus, der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, ernstlich aufs Spiel setzen» möchte. Lauter Wahrheiten, die unsereiner schon seit Jahr und Tag ausspricht, die aber im Westen ebenso beharrlich übersehen oder bestritten werden, insbesondere von jenen Sozialdemokraten, die einen Sport daraus machen, den Sinn der Leninschen Imperialismuslehre in sein Gegenteil zu verkehren und daraus den Willen der Sowjetunion zur kriegerischen Austragung der gesellschaftlichen Gegensätze abzuleiten. (Vgl. meine Bemerkungen im Dezemberheft 1949, Seite 539.)

Item, es sind wirklich neue, ermutigende Töne, die man jetzt aus Amerika hört! Man braucht Einzelstimmen wie diejenige Kennans in ihrer sachlichen Bedeutung keineswegs zu überschätzen — eine Schwalbe

macht noch keinen Frühling —, mag auch den MacMahon-Plan eher als Anzeichen einer beginnenden Wandlung der Ansichten denn als Ausdruck einer bereits durchgebrochenen Tendenz beurteilen — sicher ist, daß die Wahrheit auch in Amerika arbeitet und daß der Zeitpunkt naht, da in den Vereinigten Staaten die Entscheidung zwischen ernsthafter Abrüstung und Weiterrüsten zu einem dritten Weltkrieg getroffen werden muß. Albert Einstein hat jedenfalls recht, wenn er erklärt, daß sich am Ende des Weges, den die Völker jetzt gehen, «mehr und mehr das Gespenst der allgemeinen Vernichtung abzeichnet», und hinzufügt, daß es unmöglich sei, den Frieden zu bewahren, solange die Regierungen jeden ihrer Entschlüsse im Hinblick auf einen künftigen Krieg faßten. (Er ist dafür von dem Senator Rankin prompt als «alter Gauner» beschimpft worden, der wegen seiner «kommunistischen Umtriebe» schon längst hätte deportiert werden sollen.)

Von den Regierungen erwarten wir freilich keine wirksame Initiative für die Zerbrechung der Schwerter mehr. Der entscheidende Antrieb muß aus den *Völkern* kommen — oder er wird überhaupt nicht kommen. Erst wenn es den Regierungen eindeutig klar sein wird, daß die Völker einfach nicht mehr gehorchen würden, wenn je wieder der Befehl «Zu den Waffen!» käme, erst dann wird abgerüstet werden, erst dann wird der Zwang übermächtig sein, eine wirtschaftliche und politische Neuordnung der Welt zu schaffen, die den Krieg als Mittel der Politik ein- für allemal ausschließt. Auf die Entfachung einer solchen Ungehorsams- und Widerstandsbewegung — und das ist immer unser letztes Wort in dieser Sache — müssen alle Lebenskräfte in den Völkern hingelenkt werden, sonst bleiben schließlich auch die bestgemeinten Aufrufe zu Abrüstung und Friedenssicherung in den Wind gesprochen.

6. März 1950. *Hugo Kramer.*

SCHWEIZERISCHE RUNDSCHAU

Landesverrat! Abrüstung, ziviler Ungehorsam, passiver Widerstand gegen jede Kriegshandlung, gegen jeden Invasionsversuch, diese Aktionen, die wir am Schluß unserer Weltrundschau als zentrale Notwendigkeiten des Friedenskampfes bezeichnet haben — all das klingt bekanntlich in den Ohren der meisten Schweizer wie selbstmörderischer Wahnwitz, ja fast wie Aufforderung zum Landesverrat. Denn *Militärwesen* und *Schweiz* — das ist für die landläufige Vorstellungsweise fast ein und dasselbe, und wer dem Militärgötzen zu nahe tritt, der ist damit von selbst auch ein Feind der Schweiz. Und was gar wirklich als Landesverrat gelten muß, das wird von unseren Militärgerichten mit einer derart barbarischen Härte bestraft, daß schon die Furcht vor den Folgen jede Verratsneigung ersticken sollte. Das haben neuerdings wieder die beiden Spionageprozesse *Steiner* und *Gerber* erwiesen, die während der Aktivdienstzeit wohl mit Todesurteilen geendet hätten, nun aber — leider, so klang es aus den Presseberichten darüber heraus — den Angeklagten nur hohe Zuchthausstrafen eingetragen haben. Und doch handelte es sich mindestens im einen Fall — demjenigen des